

HANSER



Leseprobe

Hanno Beck, Aloys Prinz

Abgebrannt

Unsere Zukunft nach dem Schulden-Kollaps

ISBN: 978-3-446-42697-9

Weitere Informationen oder Bestellungen unter

<http://www.hanser.de/978-3-446-42697-9>

sowie im Buchhandel.

PROLOG: BANKROT, PLEITE, ABGEBRANNT

„Der Staatshaushalt muss ausgeglichen sein. Die öffentlichen Schulden müssen verringert werden. Die Arroganz der Behörden muss gemäßigt und kontrolliert werden. Die Zahlungen an ausländische Regierungen müssen reduziert werden, wenn der Staat nicht bankrottgehen will.“

Marcus Tullius Cicero

Als der Präsident im Parlament die Insolvenz seines Landes verkündete, zogen wütende Bürger, deren Bankguthaben der Staat eingefroren hatte, auf die Straße und machten ihrem Ärger über die Politiker Luft; Plastiktüten, gefüllt mit menschlichen Exkrementen, flogen in Richtung Parlament. Der Staatschef ließ sich nach seinem Rücktritt mit dem Hubschrauber vom Dach des Präsidentenpalastes ausfliegen, um dem Volkszorn zu entgehen.

Als der Regierungschef sich nicht mehr zu helfen wusste, verkündete er die Einstellung aller Zahlungen an die Gläubiger. In der Folge brachen in ganz Europa Banken und Finanzhäuser zusammen.

Als es Griechenland mit seiner Schuldenpolitik übertrieben hatte, hatten die Länder der Union genug: Sie warfen Griechenland aus der Währungsunion.

Auf dem Höhepunkt der Inflation hatte das Papiergeld nur noch ein Prozent seiner ursprünglichen Kaufkraft, bevor der Staat eingriff und dieses Geld kurzerhand abschaffte.

Vertraute Szenen? Leider. Neu? Wohl kaum. Der Staatschef mit dem Hubschrauber war der argentinische Präsident, er musste 2001 vor dem Zorn seiner Bürger fliehen. Der Regierungschef, der die europäische Bankenlandschaft in den Abgrund stürzte, war König Edward III., der 1340 den Staatsbankrott der Briten erklärte. Der Rauswurf der Griechen aus der Währungsunion fand 1908 statt, als Frankreich, Italien, Belgien und die Schweiz Griechenland aus der Lateinischen Münzunion warfen. Und der Staat mit der vermögensvernichtenden Inflation war das China der Ming-Dynastie im 15. Jahrhundert.

Griechenland wird aus der Währungsunion ausgeschlossen? Die USA sind pleite? Die Inflationsraten werden zweistellig? So aktuell das klingt – alles ein alter Hut, alles schon passiert. Griechenland würde nicht das erste Mal aus einer Währungsunion fliegen, die Vereinigten Staaten wären – wie fast alle anderen Industrienationen – nicht das erste Mal pleite, und Inflation ist älter als das Geld, mit dem wir bezahlen. Alleine für die vergangenen 200 Jahre registrieren Ökonomen rund 320 Staatspleiten; unter den Staaten, die ihre Schulden nicht zurückzahlten, finden sich prominente Namen wie die Vereinigten Staaten, Spanien, Dänemark, England, Japan und auch Deutschland. Allein im 20. Jahrhundert zählen wir mehr als zwei Dutzend Währungsreformen im Gefolge staatlicher Schuldeneskapaden.

Bankrotte Staaten, Bankenkrisen, geplatze Währungsunionen, Hyperinflationen – das alles gibt es seit Jahrhunderten, und die Ursache dieser Katastrophen ist stets die gleiche: Staaten verschulden sich bis über die Halskrause, verbrennen das Geld ihrer Bürger für unsinnige Veranstaltungen und entziehen sich ihrer Verantwortung, indem sie die Rückzahlung einstellen. Heute, im zweiten Jahrzehnt des neuen Jahrtausends, droht die Wiedervorlage: Weltweit haben sich die Staaten bis über beide Ohren verschuldet, drohen Staatspleiten, scheint ein Auseinanderbrechen der Europäischen Währungsunion möglich, befürchten Bürger Inflation. Es

scheint, als hätten Politiker nichts aus der Vergangenheit gelernt.

Dabei kann man, muss man viel aus der Vergangenheit lernen, und man muss wissen, welche Ursachen und Folgen eine steigende Staatsverschuldung haben kann. Warum muss ein Staat Schulden machen, wann darf er sich verschulden, und wo ist die Schmerzgrenze, ab der es gefährlich wird? Welche Folgen hat das für uns, für unsere Kinder? Was wird aus der Europäischen Währungsunion? Und warum können Politiker nicht die Hände aus dem Schuldenkekstopf nehmen? Nicht nur als Wähler oder mündiger Bürger, auch als Steuerzahler, der die Suppe auslöffeln muss, die ihm die gewählten Repräsentanten einbrocken, sollte man solche Dinge wissen. Wir wollen versuchen, diese Fragen zu beantworten, ohne Fachjargon, Formeln und Grafiken, verständlich für alle, und auch ein wenig unterhaltsam – wobei es dem Leser selbst überlassen bleibt, ob er lachen, weinen oder sich gruseln will.

Wir hegen keine Zweifel daran, dass die (Über-)Verschuldung der Staaten weltweit die politischen Debatten der kommenden Jahre prägen wird – dies soll unser Beitrag dazu sein. Lassen Sie uns keine Zeit mehr verlieren. Fangen wir an. Fangen wir an mit einem Staatschef, dem man das Flugzeug pfänden will.

1 EINE KLEINE GESCHICHTE DER STAATSPLEITEN

„Ein Blick in die Geschichte des Staatsschuldenwesens belehrt uns, daß dieses wenigstens während langer Zeiträume glattweg als Geschichte von Staatsbankrotten bezeichnet werden kann. Es gehört auch keine übermäßig große Prophetengabe zu der Auffassung, daß auch hier in naher Zukunft bei manchen Staaten die Geschichte sich wiederholen wird.“

Alfred Manes, Staatsbankrotte.

Wirtschaftliche und rechtliche Betrachtungen, 1919

„Pfänden Sie die Präsidentenmaschine“

Als Oberhaupt eines Staates ist man es gewohnt, um die Welt zu reisen, mit gekrönten oder gewählten Häuptern zu plaudern, Paraden abzunehmen und wichtige Geschäfte zu machen. Und man ist es gewohnt, in allen Ehren und in aller Freundschaft empfangen zu werden. Doch das ist keine zwingende Veranstaltung, wie Argentiniens Präsident Nestor Kirchner erfahren musste: Als er im Oktober 2004 seinen Besuch in Deutschland ankündigte, drohten erboste deutsche Anleger, die Argentinien Geld geliehen hatten, mit der Pfändung der Präsidentenmaschine „Tango 01“. Das wäre einzigartig gewesen: Der Präsident Argentiniens landet zum Staats-

besuch, und als die Maschine ausrollt, kommt der Gerichtsvollzieher, klebt einen Kuckuck an die Windschutzscheibe und der Präsident muss per Linienflug zurückreisen. Das war Kirchner zu spektakulär: Die Präsidentenmaschine blieb im Hangar, er verzichtete auf den Besuch. Stattdessen reiste Vizepräsident Daniel Scioli per Linienmaschine an.

Der Ärger hatte eine lange Vorgeschichte: Mehr als 700.000 Anleger in aller Welt hatten Argentinien in den 90er-Jahren Geld geliehen, indem sie argentinische Staatsanleihen gekauft hatten. Immerhin versprach Argentinien seinen Gläubigern bis zu zwölf Prozent Zinsen. Das klang so einfach: Man leiht Argentinien Geld, und später zahlt der Staat dieses Geld zurück, zuzüglich zwölf Prozent Zinsen – was soll da schiefgehen? Vermutlich haben viele Anleger überhaupt nicht die Möglichkeit erwogen, dass ein souveräner Staat pleitegehen und die Rückzahlung seiner Schulden einstellen könnte. Stattdessen haben sie begeistert zugegriffen, wenn Finanzberater mit zwölf Prozent Zinsen lockten. Und Argentinien nahm das Geld der internationalen Anlegergemeinde dankbar an, bis es auf einem Schuldenberg von 110 Milliarden Dollar saß, den es nicht mehr abtragen konnte. Kurz vor dem unvermeidlichen Ende verwendete Argentinien 80 Prozent seiner jährlichen Steuereinnahmen dafür, die Zinsen auf seine Schulden zu zahlen. Das konnte nicht gut gehen.

Ging es auch nicht: Im Dezember 2001 verkündete der damalige Präsident Adolfo Rodríguez Saá unter tosendem Beifall der Abgeordneten im argentinischen Parlament die Einstellung aller diesbezüglichen Zahlungen. Die Bankguthaben der eigenen Bürger wurden eingefroren, um einem Ansturm auf die Banken zuvorzukommen und zu verhindern, dass die Argentinier ihr Geld außer Landes schaffen. Die Banken verbarrikadierten Türen und Fenster mit Stahlplatten, einige Tage wurden sie geschlossen, Bargeld wurde knapp. Tausende Argentinier zogen auf die Straße und machten ihrem Ärger über die Politiker Luft; Plastiktüten, gefüllt mit menschlichen Exkrementen, flogen in Richtung Parlament, und die erboste Menge brüllte Parolen wie „Geben wir den Politikern, die eine ganze Nation in die Pleite geritten haben, ihren jämmerlichen Dreck zurück“. Der

Staatschef ließ sich nach seinem Rücktritt mit dem Hubschrauber vom Dach des Präsidentenpalastes ausfliegen, um dem Volkszorn zu entgehen.

Aber nicht nur die Bürger Argentiniens litten unter dem Bankrott des argentinischen Staates, auch die ausländischen Gläubiger, auch die deutschen Anleger: Im Juni 2004 machte Kirchner den ausländischen Gläubigern das wenig verlockende Angebot, dass sie auf 75 Prozent ihres eingesetzten Kapitals verzichten sollen. Im Klartext: Für jeden Euro, den die Anleger Argentinien geliehen hatten, sollten sie noch 25 Cent zurückbekommen – das sei ja schließlich besser als nichts. Das brachte die deutschen Gläubiger auf die Palme – so leicht wollten sie nicht auf ihr Geld verzichten. Also kamen sie auf die verzweifelte Idee, die Präsidentenmaschine zu pfänden, auch wenn ihnen klar gewesen sein muss, dass dieses Unterfangen wenig aussichtsreich war – zudem wäre der Erlös aus dem Verkauf der Maschine nur ein Tropfen auf dem heißen Schuldenstein gewesen.

Nun ist Argentinien ein besonders schwerer, ja fast chronischer Fall eines Pleitestaates, aber bei Weitem nicht der einzige. Über Jahrhunderte hinweg haben Staaten sich übernommen, Geld geliehen, verprasst und anschließend die Zins- und Rückzahlung an ihre Gläubiger eingestellt. Die Ökonomen Kenneth Rogoff und Carmen Reinhart haben für die vergangenen 200 Jahre rund 320 Staatspleiten gezählt; unter den Staaten, die ihre Schulden nicht zurückzahlten, finden sich prominente Namen wie die Vereinigten Staaten, Spanien, Dänemark, England, Japan und auch Deutschland. Argentinien ist ganz vorne: Allein zwischen 1980 und 2001 konnte es dreimal seine Schulden nicht begleichen.

Griechenland, das 2009 Europa mit seinen Schuldenproblemen an den Abgrund drängte, verbrachte seit seiner Unabhängigkeit im Jahr 1830 etwa die Hälfte der Zeit in Staatsbankrotten – für unseren Kontinent ein Spitzenwert. Auch in anderen europäischen Ländern finden wir Staatspleiten: Frankreich meldete im Anschluss an die Revolution von 1789 Staatsbankrott an, das Kaiserreich Österreich, damals eine europäische Großmacht, ging 1811 pleite, Dänemark 1813 und Russland 1918. Auch Deutschland zahlte zweimal seine Schul-

den nicht zurück, in den Jahren 1923 und 1948 meldete der deutsche Adler de facto Bankrott an.

Was die Zahl der Bankrotte seit 1800 angeht, so liegt Spanien mit acht Pleiten in Führung, dicht gefolgt von Deutschland mit sieben Bankrotten sowie Österreich und Ungarn (beide einschließlich Österreich-Ungarns) ebenfalls mit je sieben Staatspleiten. Kurzum: Zu allen Zeiten haben Staaten über ihre Verhältnisse gelebt und ihren Gläubigern genommen, was ihnen gehörte. Wer glaubt, dass Staaten nicht pleitegehen können, hat den Geschichtsunterricht geschwänzt. Aber was ist da passiert? Wie kann es dazu kommen, dass ein Staat in die Pleite schliddert? Fragen wir dazu einen Pleitesuperstar der frühen Neuzeit, dessen Finanzgebaren ihm einen Eintrag in den Geschichtsbüchern und einen Ehrenplatz in der Ruhmeshalle der Staatsbankrotteure sichert.

Der Superstar unter den Staatsbankrotteuren

Als Superstar unter den Staatsbankrotteuren gilt Philipp II. von Spanien, und das nicht ganz zu Unrecht: Rekordverdächtige vier Staatsbankrotte legte Philipp während seiner 42 Jahre dauernden Regentschaft hin – 1557, 1566, 1575 und 1596 erklärte er sein Land für zahlungsunfähig.

Dabei hatte Philipp gute Voraussetzungen für solide Staatsfinanzen: Innerhalb weniger Jahrzehnte brachten spanische Schiffe große Mengen an Silber und Gold aus Südamerika in die Heimat – Schätzungen zufolge sollen zwischen 1493 und 1600 die Edelmetall- und Geldbestände in Europa um das Sechs- bis Achtfache gestiegen sein. Doch Reichtum macht verschwenderisch: Philipp verprasste einen Teil des aus den Kolonien geraubten Reichtums für einen üppigen Hof- und Staatsapparat. Rund 500 Jahre später sollte es ein kleines Land vom Rande der Europäischen Union dem Staatsbankrott-Superstar gleichtun und große Geldmengen für einen absurd aufgeblähten Beamtenapparat verschwenden, mit den eingangs bereits erwähnten Folgen. Hier haben wir eines der bewährten Strickmuster auf dem Weg in den Schuldenstaat: die Finanzierung eines überdimensionierten Staatsapparats.

Und wer glaubt, dass dies heute nicht passieren kann, sollte einen Blick auf die üppigen Pensionsversprechen werfen, die viele Staaten ihren Bediensteten machen oder gemacht haben. An diesen Schulden – um nichts anderes handelt es sich hierbei – werden sich in den kommenden Jahren noch heftige Debatten entzünden.

Auch mit dem Bau des Prachtschlosses Escorial brachte Philipp viel Geld durch – ebenfalls eine bewährte Schnellstraße in den Staatsruin: Man verpulvert das Geld für Prestigeobjekte, Investitionsruinen oder sonstige unproduktive Politikerpielzeuge. Das ist eine wichtige Erkenntnis: Wenn sich ein Staat Geld leiht und es in produktive Investitionen steckt, die später Erträge in Form von höheren Steuereinnahmen abwerfen, ist Staatsverschuldung kein Problem, sie gleicht dann einem ganz normalen Investitionsvorgang. Man leiht sich Geld, um es zu investieren, und aus den Erträgen der Investition zahlt man den Kredit nebst Zinsen zurück. Wandert das geliehene Geld hingegen in unproduktive Verwendungen wie Luxusschlösser, einen aufgeblähten Beamtenapparat, Prunkbauten oder andere Repräsentationsungeheuer, so stellt sich die Frage, woher das Geld kommen soll, um den Kredit später zurückzuzahlen. Jede Bank fragt ihre Kunden, die einen Kredit aufnehmen wollen, was sie mit dem Geld machen wollen – und zu Recht. Wer einem Staat Geld leiht, sollte diese Frage auch stellen.

Das haben die Banken im Falle Philipps wohl nicht gemacht – die schiere Menge an Edelmetall, die aus den Kolonien ins spanische Mutterland strömte, reichte ihnen als Sicherheit, um dem verschwendungssüchtigen Potentaten Geld zu leihen. Doch das viele Edelmetall wurde den Banken zum Verhängnis: Der Wert von Gold und Silber sank aufgrund des riesigen Zuflusses, und als die Banken keine weiteren Kredite mehr vergeben wollten oder konnten, verkündete Philipp 1557 den ersten Staatsbankrott. Sein Kommentar zu dieser Pleite zeigt seine entspannte Haltung im Umgang mit solchen Problemen; sinngemäß soll er gesagt haben: „Wer Gläubiger ist, ist selbst in Schuld.“ So kann man das auch sehen.

Nichtsdestoweniger liehen die Banken Philipp wieder Geld, das dieser flugs in den zweiten Staatsbankrott umsetz-

te, dem rasch der dritte folgte. Der Hauptgrund für Philipps Pleiterekord war die unproduktivste Verwendung, die man sich für geliehenes Geld vorstellen kann: Krieg. Mit großer Leidenschaft bekämpfte er Engländer, Osmanen, Niederländer und Franzosen; während der 42 Jahre, in denen er regierte, herrschten gerade einmal sechs Monate lang Frieden in seinem Reich. Kein Wunder, dass bei einem so streitbaren Herrscher rund 90 Prozent des Staatshaushaltes für das Militär aufgewendet wurden. Ein ähnliches Schicksal ereilte Preußen in den Jahren 1807 und 1813, als dem Land die Kosten für die napoleonischen Kriege aus dem Ruder liefen und es Bankrott anmeldete. Rund 500 Jahre nach Philipp sollte sich eine andere Weltmacht jenseits des Atlantiks Geld für aberwitzige Kriegszüge leihen und einen gewaltigen Schuldenberg aufhäufen – mit noch unbestimmten Folgen.

Eine weitere historische Konstante staatlicher Schuldeneskapaden finden wir bei den Banken: Bei Philipps drittem Bankrott erlitten die deutschen Bankhäuser Fugger und Welsler derart hohe Verluste, dass sie in den darauffolgenden Jahren ihre Pforten schließen mussten. Ein Muster mit Wiedererkennungswert: Ähnlich erging es den bedeutenden Florentiner Handels- und Finanzhäusern, die im 14. Jahrhundert das englische Königshaus mit Krediten versorgten. Als ihn seine italienischen Finanziers zwingen wollten, die englische Wollproduktion zu ungünstigen Konditionen zu verkaufen, stellte der englische König Edward III. die Rückzahlung seiner Kredite ein – innerhalb eines Jahres brachen mehrere der größten Bankhäuser von Florenz zusammen. Einige Hundert Jahre später war die Befürchtung, dass eine Staatspleite viele Banken in den Abgrund reißen würde, der Europäischen Union Anlass genug, um die 750-Milliarden-Bazooka auszupacken, die Staatspleiten in Europa verhindern soll. Die Geschichte wiederholt sich: Mag es auch Wahnsinn sein, so hat es doch Methode.

Unproduktive Ausgaben, Kriege, bankrotte Banken – man könnte fast meinen, ein Staatsbankrott folgt einem vorgegebenen Drehbuch. Ganz so einfach ist es nicht, aber es gibt Gemeinsamkeiten. Wie schliddern Staaten in den Bankrott? Oftmals verläuft diese Veranstaltung nach einem Muster, das